

14.12.2023

NEIN zur AfD.

In den vergangenen Jahren haben verschiedene Ebenen und Mitgliedsverbände des BDKJ aber auch der kirchlichen Erwachsenenverbände Positionen zum Umgang mit der AfD beschlossen. Einen Überblick über die Breite, Inhalte und Forderungen haben wir als BDKJ - Diözesanvorstand hier zusammengestellt.

1. Haltung

Die kirchlichen (Jugend)verbände eint das Selbstverständnis als menschenfreundliche Christ*innen und das Wissen um das Privileg in einer demokratischen Gesellschaft leben zu dürfen. Die BDKJ-Hauptversammlung 2016 formuliert im Beschluss **„Wir widersprechen - weil wir glauben!“** hierzu: In vielen politischen Fragen kann es unter Christinnen und Christen unterschiedliche Auffassungen geben. Diese Vielfalt findet definitiv dort ihre Grenze, wo politische Auffassungen oder Taten die „Achtung vor der menschlichen Person“ bzw. die „Gleichheit aller Menschen und die soziale Gerechtigkeit“ in Frage stellen oder verletzen.

Ergänzend hierzu hat der Bundesrat der KJG 2017 beschlossen, dass sich die KJG deutlich distanzieren möchte von allen politischen Positionen und Handlungen, die die Achtung vor der menschlichen Person sowie die Gleichheit aller Menschen und die soziale Gerechtigkeit in Frage stellen.

Die BDKJ Landesversammlung Bayern erinnert in ihrem Beschluss **„Demokratie stärken - AfD in Ämtern verhindern“** 2023 an das Gründungsmotiv der Jugendverbandsarbeit, die demokratische und freiheitliche Gesellschaft in Deutschland mitzugestalten. Die Gründung des BDKJ im Jahr 1947 war vor dem Hintergrund der Erfahrung des Nationalsozialismus und der Weltkriege insbesondere von der Überzeugung geprägt, sich für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit einzusetzen sowie Zivilcourage zu zeigen, wenn die freiheitlich demokratische Grundordnung in Gefahr gerät. Daher lehnen die katholischen Jugendverbände seit jeher rechtes Gedankengut strikt ab und setzen sich aktiv für eine starke Demokratie ein.

Diese Grundhaltung führt bei näherer Betrachtung der Partei AfD u. a. im Beschluss **„Wir widersetzen uns der Normalisierung der extremen Rechten!“** des CAJ Leitungsrats 2018 auf Bundesebene zur Erkenntnis, dass die Förderung extrem rechten Gedankenguts nicht nur den CAJ-Grundsätzen widerspricht, sondern der christlichen Überzeugung der Gotteskindschaft jedes Menschen überhaupt. Daher sind sämtliche kirchlichen Akteure dazu aufgerufen, den Akteuren der extrem rechten Normalisierung entgegenzuwirken.

Auch die DPSG formuliert diese Haltung in einem Beschluss ihrer Bundesversammlung 2016 und erläutert sie in der Arbeitshilfe **„AfD - für uns keine Alternative“** (2017) wie folgt:

Die sogenannte „Alternative für Deutschland“ steht unseren pfadfinderischen Werten und Überzeugungen unvereinbar entgegen. Das bleibt niemandem verborgen, der von den Forderungen führender AfD-Politikerinnen und -Politiker nach einem Schießbefehl an der Grenze oder einer „erinnerungspolitischen Wende“ gehört hat.

2. Strategie und Vorgehen der AfD

Der Hauptausschuss des BDKJ sowie der Leitungsrat der CAJ analysieren und beschreiben in ihren Beschlüssen das Vorgehen der AfD:

Wir sprechen uns für eine Auseinandersetzung mit den Strategien der AfD und der extremen Rechten allgemein aus. Die Analyse hat hier gezeigt, dass bei dieser Strategie öffentliche Diskurse, die Medienlandschaft und die parlamentarische Demokratie eine besondere Funktion einnehmen. Es geht Rechtspopulist*innen, Sexist*innen, Homophoben und Nationalist*innen dabei um Metapolitik und kulturelle Hegemonie, das heißt: Sie wollen mit ihren Ideen die Diskurse weiter nach rechts verschieben. Sie arbeiten darauf hin, dass extrem rechte Ansichten zum konservativen bzw. bürgerlichen Mainstream im vorpolitischen und schließlich auch parlamentarischen Raum werden.

Die Vertreter*innen der AfD nutzen ihre öffentliche Reichweite, um extrem rechte Positionen zu verbreiten. Sie drängen andere Politiker*innen nach rechts und sie provozieren mit gezielten Tabubrüchen .

Gleichzeitig gibt die Partei sich einen konservativ bürgerlichen Anstrich. Zum Einen relativieren Vertreter*innen ihre Aussagen nachträglich.¹ Zum Anderen gibt es andere Funktionär*innen der Partei, die keine derart radikale rassistische Äußerungen tätigen. Sie bauen die Illusion auf, es handle sich nur um Ausrutscher oder persönliche Meinungen, ohne sich in aller Deutlichkeit gegen die extrem rechten Äußerungen zu stellen.² Sie verschleiern damit, dass die extrem rechten Positionen überaus machtvoll in der Partei sind. Damit geben die angeblich gemäßigten Funktionär*innen der Partei einen bürgerlichen Anstrich, und tragen in besonderer Weise dazu bei, dass die extrem rechten Ansichten salonfähig werden und wirkungsvoll sind.

Im Hintergrund verhilft die Partei Mitgliedern extrem rechter Organisationen (z.B. der sogenannten Identitären Bewegung) zu Jobs, beispielsweise über ihre Mitarbeiter*innen-Stellen der Bundestagsfraktion.³ Dadurch werden nicht nur Rechtsextreme über öffentliche Gelder bezahlt. Sie haben gleichzeitig einflussreiche Posten im politischen Berlin, und können damit Kontakte und Netzwerke aufbauen.

Dass die AfD in allen Landesparlamenten und im Bundestag bereits vertreten sind, rechtfertigt insofern nicht, von unserem Engagement gegen extrem rechte, populistische und die Menschenwürde angreifende Positionen abzulassen.

Diese Haltung unterstreicht auch die Kolpingjugend in ihrem Beschluss „**Kein Rechtsruck mit der Kolpingjugend!**“ auf der Bundeskonferenz 2023: Immer wieder wird betont, dass die Abgeordneten der AfD in Stadt- und Kreisräten, in Landesparlamenten und im Bundestag durch demokratische Wahlen legitimiert

¹Vgl. zu dieser Strategie bereits vom Mai 2016: Steffen, Tilman: „Provozieren, relativieren, dementieren“, online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-05/afd-jerome-boateng-alexander-gauland-frauke-petry-medien-bjoern-hoecke>, Abruf: 2.10.2018.

²Mit einer solchen Begründung weigerte sich Volker Münz, der religionspolitische Sprecher der AfD Bundestagsfraktion auf dem Katholikentagspodium, sich zu Björn Höckes Aussagen zu positionieren. Das ist auch

deshalb widersprüchlich, weil Volker Münz selbst zu den Unterschreibern des Erfurter Resolution, die von dem

extrem rechten Strategen Götz Kubitschek verfasst wurde. Vgl. Fiedler, Maria (2018): „Götz Kubitschek – der Strategie der neuen Rechten“. Online unter <https://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/verleger-wiekubitschek-den-fluegel-in-der-afd-beeinflusst/22963170-2.html>, Abruf 2.10.2018

³Vgl. die umfangreiche Recherche zu den Netzwerken, in denen Mitarbeiter*innen der Bundestagsfraktion involviert sind, unter <https://www.taz.de/!5498386/>, Abruf 2.10.2018

sein. Demnach sei die Partei an sich demokratisch und könne Partner*in für die Gewinnung von Mehrheiten sein.

Dies sehen wir anders. Zwar sind die Mandate der AfD-Abgeordneten in demokratischen Wahlen gewonnen worden, die Partei an sich handelt jedoch antidemokratisch und widerspricht demokratischen Grundsätzen.

Wir beobachten mit großer Sorge, dass demokratische Parteien und Politiker*innen die Positionen der AfD übernehmen und damit zu einer Normalisierung von extrem rechten und menschenfeindlichen Positionen beitragen. Das Framing von Maßnahmen gegen die Klimakrise als „Umerziehung“ und „antidemokratisch“ halten wir für gefährlich, weil es das Bild der Bundesregierung als ein diktatorisches Regime zeichnet. Das ist faktisch falsch, delegitimiert demokratische Wahlen und erhöht die Gefahr, dass sprachliche in physische Gewalt umschlägt.

katholisch.

politisch.

aktiv.

www.bdkj.de

3. Konsequenzen und Forderungen der (Jugend)verbände

Ausgehend von der eigenen Haltung sowie der Analyse der AfD folgert die CAJ daraus: Mitglieder und Funktionäre der Partei AfD werden bei öffentlichen Veranstaltungen der CAJ weder als Referent*innen, noch als Podiumsteilnehmer*innen eingeladen. Weiterhin: Wir engagieren uns daher in den kirchlichen Gremien dafür, dass auch andere kirchliche Akteure AfD-Funktionär*innen kein Podium zur Verfügung stellen.

Der KAB Bundesausschuss distanziert sich 2018 im Beschluss „Umgang mit der AfD“ von allen Vereinnahmungen einzelner Personen und Aussagen der Partei. Mitglieder und Funktionäre der Partei AfD werden bei öffentlichen Veranstaltungen der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung weder als Referent*innen noch als Podiumsteilnehmer*innen eingeladen.

Der KAB-interne Dialog und die kritische Auseinandersetzung mit den Programmen der AfD und mit Mitgliedern ist weiterhin notwendig und gewünscht.

Die KJG formuliert im Beschluss „Wir wählen! NICHT die AfD.“ der Bundeskonferenz 2021: Wir sagen deutlich: Die AfD ist eine rechtsextreme Partei und für uns als KJGler*innen nicht wählbar und soll auch in keiner anderen Form Unterstützung erfahren. Besonders weil junge Menschen immer noch vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, ist es umso wichtiger, dass Wahlberechtigten von ihrem Privileg Gebrauch machen Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft keinen Platz zu geben.

Im Beschluss „KjG gegen Faschismus - Aus christlicher Überzeugung für Demokratie“ der Bundeskonferenz 2023 fordert die KJG darüber hinaus von der katholischen Kirche:

- Stellung beziehen als moralische Instanz
Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen Überzeugung heraus klar Stellung gegen die extreme Rechte zu beziehen.
- Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem rechte Aktivist*innen involviert sind
Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist*innen Demonstrationen und Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen. Wir fordern von den Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist*innen beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator*innen teilnehmen können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.

Das Netzwerk Frauen der KAB Würzburg hat in seiner Sitzung am 27. September folgenden Beschluss gefasst: Wir fordern, dass der Diözesanvorstand den Ausschluss von aktiven AfD-Mitgliedern aus der KAB prüft und veranlasst.

Diese Möglichkeit sieht auch die Satzung der DPSG vor: Es können Mitglieder ausgeschlossen werden, die gegen die Prinzipien politischer, gesellschaftlicher, geschlechtlicher, kultureller und religiöser Toleranz oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen.

Einen solchen Ausschluss gegen ein AfD-Mitglied hat bereits die CAJ Würzburg praktiziert.

Ergänzend möchten wir noch auf den Umgang mit der AfD bei den Katholikentagen und den Positionen des BDKJ dazu hinweisen:

BDKJ Hauptausschuss hält im Jahr 2018 fest:

Im Vorfeld des Katholikentags in Leipzig 2016 hatten das ZdK und die Katholikentagsleitung klar Stellung bezogen: Bei den Diskussionsveranstaltungen gehe es nicht wie bei TV-Talksendungen um Konfrontation und Show, sondern um Lösungen für gesellschaftliche Probleme, einen Dialog der auf ethischen Voraussetzungen basiert. Ein solcher Dialog war aus Perspektive des ZdK mit der AfD nicht möglich. Die AfD hat sich in den vergangenen zwei Jahren - wie Medienberichte und parteiinterne Richtungsentscheidungen zeigen - klar radikalisiert. Dass man sie nach dieser Radikalisierung nun aber einlädt, ist für uns nicht nachvollziehbar und ein fatales Signal.

Diese Positionierung reflektiert der BDKJ-Hauptausschuss 2020 dann wie folgt: Auch im Vorfeld des Katholikentags 2018 in Münster hatte sich der BDKJ bereits mit dem Beschluss „Keine AfD beim Katholikentag“ gegen die Einladung des religionspolitischen Sprechers der AfD eingesetzt - leider ohne Einsehen der Katholikentagsleitung. Die Erfahrung beim Katholikentag selbst hat gezeigt, dass in der Folge die Veranstaltung allein vor allem wegen der AfD mediale Aufmerksamkeit erhielt und die eigentlichen Inhalte zu kurz kamen.

4. Regionaler Bezug

Gerade das aktuelle Beispiel aus unserer Region mit dem AfD-Abgeordneten Halemba unterstreicht derzeit eindrücklich, dass die den oben genannten Beschlüssen zugrundeliegende Einschätzung der AfD richtig ist - nämlich dass es eine zutiefst undemokratische, menschenfeindliche und verfassungsfeindliche Partei ist. Hier verweisen wir insbesondere auf zwei Artikel in den Medien, die diesen Fall journalistisch recherchiert haben:

Junge Rechtsextremisten - Halemba und der Putsch der Burschen:

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_100279836/afd-und-daniel-halemba-der-putsch-der-burschen.html

Verfassungsschutz beobachtet Burschenschaft "Teutonia Prag"

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/verfassungsschutz-beobachtet-burschenschaft-teutonia-prag,Txlruet>